

# Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Ausnahme-Bureau.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
Wilhelmsstr. 17  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14.  
In Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Dreisand,  
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Ausnahme-Bureau.  
In Berlin, Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien,  
bei S. L. Baume & Co.,  
Haarlestein & Vogler,  
Rudolph Iller.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

Mr. 395.

Donnerstag, 8. Juni.

1882.

## Amtliches.

Berlin, 7. Juni. Der König hat den seitherigen Regierungsrath Heinrich zu Berlin unter Verleihung des Charakters als Polizeipräsident zum Polizei-Direktor in Danzig ernannt, und den Fabrikanten Gerlach und Weier zu Stuttgart das Prädikat als königliche Hoflieferanten verliehen.

Dem Thierarzt erster Klasse, Nuthe, zu Bärwalde ist, unter Anweisung seines Wohnsitzes in Swinemünde, die kommissarische Verwaltung der Kreisthierarzthalle des Kreises Usedom-Wollin übertragen worden.

Vom 1. Juli d. J. ab ist der Rechts- und Notariats-Kandidat Orth zu Mühlhausen zum Notar im Landgerichtsbezirk Mühlhausen mit Anweitung seines Wohnsitzes in Niedersept ernannt, der Notar Lehmüller von Niedersept nach Altkirch versetzt, und dem Notar Pfatter zu Altkirch die nachgeführte Entlassung aus dem Justizdienste des Reichslandes ertheilt worden.

## Deutscher Reichstag.

13. Sitzung.

Berlin, 7. Juni. 1 Uhr. Am Tische des Bundesrates von Bötticher, Scholz, v. Mayr u. A.

Eingegangen ist die Übersicht der Ergebnisse des Heeres-Ergänzungsgeschäfts im Jahre 1881-82.

Auf der Tages-Ordnung steht zunächst die zweite Berathung des Antrages des Abg. Dr. Barth auf Aufhebung des Einfuhszolls für Schmalz von Schweinen und Gänsen (10 Mk. für 100 Kilogramm).

Abg. Dr. Barth: Ich will heute nur auf die sanitären Bedenken eingehen, in Bezug auf welche bei der ersten Berathung nicht ganz korrekte Ausführungen gefallen sind. Der Direktor im Reichsschatzamt, Herr Burchard, erklärte damals, daß es kaum einen ungeeigneteren Zeitpunkt geben könne, um die Aufhebung des Schmalzzolles zu beantragen als den jetzigen: in Österreich sei bekanntlich die Einfuhr von Schmalz vollständig und in Frankreich die von amerikanischem Fleisch verboten. Nach meinen Informationen ist die Einfuhr von Schmalz in Österreich niemals verboten gewesen, und mit Sicherheit kann ich behaupten, daß zu der Zeit, als die Behauptung aufgestellt wurde, amerikanisches Schweinefleisch in nicht unerheblichen Quantitäten von den deutschen Nordseeländern nach Österreich ungebunden eingeschafft worden ist. (Hört!) Es ist das auch begreiflich, da es vom sanitären Standpunkt aus einem vollständig anderen Charakter tritt, wie das Schweinefleisch. Die Trichinen, welche man im Schweinefleisch vermuten kann, kann man im Schweinefleisch nie vermuten, namentlich wenn man die Art seiner Präparation in Amerika bedenkt. Es wird vor der Versendung einer solchen Siedehilfe ausgelebt, daß selbst, wenn Trichinen darin sein sollten, sie unmöglich am Leben bleiben können. Deshalb haben andere Länder, so weit meine Informationen reichen, niemals das Schweinefleisch verboten, sondern das Verbot richtete sich nur gegen das Schweinefleisch. Das Verbot der Einfuhr derselben in Frankreich ist bereits zurückgezogen worden. (Hört!) Nach dem „Journal des Economistes“ war es dadurch entstanden, daß ein Fall von Trichinose in einem kleinen Orte, Crépy en Valois, durch den eine große Unruhe und Agitation entstanden war, auf den Import von amerikanischem Schweinefleisch zurückgeführt wurde. In der ersten Aufrégung gab der Minister nach und verbot brevi manu durch ein Dekret die Einfuhr von amerikanischem Schweinefleisch. Dann aber ging man der Sache etwas näher auf den Grund und es stellte sich heraus, daß das Schwein, welches den Fall von Trichinose verursacht hatte, kein amerikanisches gewesen war, sondern, wie das „Journal des Economistes“ sich ausdrückt, ein porc national, ein französisches Schwein. (Heiterkeit!) Das that natürlich der Agitation im Nebrigen keinen Eintrag, und es ging noch immer Jahr und Tag darüber hin, bis man schließlich das Verbot zurücknahm. Ich wiederhole also: das Verbot des amerikanischen Schweinefleisches existiert nach meinen Informationen weder in Österreich, noch in Frankreich, und das Verbot des amerikanischen Schweinefleisches in Frankreich ist ebenfalls bereits zurückgenommen. (Beifall links.)

Direktor im Reichsschatzamt Burchard: Auf diese Daten, die ich augenblicklich achtungswürdig zu widerlegen nicht in der Lage bin, werde ich bei der dritten Lesung eingehen. Aber schon jetzt mache ich darauf aufmerksam, daß das Schweinefleisch, zwar trichinenfrei ist, aber zuweilen aus frischen Schweinen in Amerika hergestellt wird. Es soll dort zu Seiten unter den Schweinen eine Krankheit herrschen, die man Cholera nennt; ob noch heute, weiß ich nicht.

Abg. v. Ludwig: Der Antrag auf Aufhebung des Schmalzzolles ist nicht so unschuldig, wie er aussieht. Er ist der Anfang einer großen Aktion, der erste Schritt zur Beseitigung der geringen Vortheile, welche der Landwirtschaft durch die Reform von 1879 erwachsen sind. Bremen mit dem Syndicat der dortigen Handelskammer macht den Anfang. Seit ein paar Jahren ist der manchesterische Liberalismus etwas bescheidener geworden. Jetzt fällt er wieder Ruth, und Sie auf der Rechten tragen nicht zum Mindesten die Schuld daran. Wo waren Sie (rechts), die geborenen Vertreter des Grundbesitzes und des Schutzes der nationalen Arbeit, gestern? Es hätte noch schlimmer kommen müssen. Wenn die Sache so fortgeht, so werden wir es erleben, daß das Manchestertum seine goldenen Egoistenfüße wieder fest auf den Rachen unseres armen Vaterlandes setzt. Bei der Berathung des Sozialistengesetzes habe ich den Konseriativen gesagt, daß es so kommen würde. Aber ich habe damals als einsamer Wilder keine Beachtung bei den Herren gefunden. Sie arbeiten nicht, gern mit Ernst und Ausdauer. (Große Heiterkeit!) Die Zeit ist vorbei, wo man Alles auf die Spitze des Degens stellen konnte. Jetzt ist geistige Arbeit notwendig und daran sind Sie (rechts) nicht gewöhnt. (Erneute Heiterkeit!) Der Liberalismus arbeitet viel, und wenn er nicht im Stande ist, selbst zu arbeiten, so hält er sich gut bezahlte Gehilfen. Seit drei Jahren macht die liberale Presse Propaganda und es gibt Gimpel genug, welche darauf hereingefallen sind. Es ist Zeit, daß die Konseriativen sich ermannen, sich auf eigene Füße stellen und nicht immer abwarten, ob die Regierung ihnen die Kastanien aus dem Feuer holt. Ich fordere Sie auf, frisch an die Arbeit zu gehen und die wirtschaftliche und soziale Reform unseres allernächsten Kaisers und des Fürsten Reichstanzler gegen jeden Angriff zu vertheidigen. Vor Allem gilt es, gegen diesen Antrag einzutreten.

In weiten Volkskreisen herrscht die Meinung, daß das amerikanische Schweinefleisch aus ausgepreßten Kadavern gewonnen wird. Mag dem sein, wie ihm wolle, soviel steht fest, daß in Amerika die Untersuchung auf Trichinose noch nicht so entwickelt ist, wie bei uns. Es wird dort wohl viel bezahlt für den Guer, der ins Fleisch hineinsieht, aber niemals wird etwas entdeckt. (Große Heiterkeit!) Um unsern Markt vor solchen amerikanischen Produkten zu bewahren, sollte der Schmalzzoll nicht aufgehoben, sondern erhöht werden. Herr Barth hat bei der ersten Lesung mit großer Emphase gesagt, hier sei ein Punkt, wo man zeigen könne, ob man dem armen Mann helfen wolle oder nicht. Der ganze Zoll beträgt aber nur 13 Pf. pro Kopf der Bevölkerung, wo ist da die Belastung? Herr Barth glaubt wahrscheinlich, mit der Aufhebung dieses Zolles sei die soziale Frage zum großen Theile gelöst. Wie thöricht sind wir da, die wir uns abquälen, die soziale Frage mit unserem Kaiser und dem Reichstanzler zu lösen; Herr Barth nimmt die 13 Pf. pro Mann und die soziale Frage ist gelöst. (Große Heiterkeit.) Redner geht sodann auf die Gründe ein, welche für den Schmalzzoll sprechen, und hebt namentlich den Schutz der deutschen Landwirtschaft gegen die Überflutung mit billigen amerikanischen Produkten hervor und verlangt über den Antrag Barth namentliche Abstimmung.

Abg. Schröter (Oberbauram, Sezessionist): Abg. v. Ludwig überzeugt bei seiner Berechnung, daß der Schmalzzoll nur 13 Pf. pro Kopf austrägt, daß er nur die ärmsten Klassen trifft, ein solcher Durchschnittsbetrag also garnicht maßgebend ist, und die wirkliche Steuerlast sich für den davon Betroffenen viel höher stellt. Diese Steuern auf unentbehrliche Lebensmittel sind zweifellos der dunkelste Punkt in der neuen Wirtschaftspolitik. Wir wollen keine Änderung des gegenwärtigen Wirtschaftsprinzips; wir wollen die ehrliche Probe aushalten; aber über die Wirkungen des neuen Systems kann man doch nicht mehr zweifeln. Das Volk hat sein Votum bei den letzten Wahlen abgegeben, die Auswanderung nimmt in schreckenreißender Weise zu, aber wir haben das Vertrauen zu dem deutschen Volke, daß es diese Krisis überstehen wird. Dagegen bitten wir Sie, Abhülfen zu schaffen auf einem Gebiete, wo die Zustände unerträglich geworden sind. Schon früher ist nachgewiesen worden, daß das amerikanische Schmalz in gar keiner Konkurrenz mit dem deutschen Schmalz steht und nachdem auch die zuständige Medizinalbehörde ihr Gutachten dahin abgegeben hat, daß vom sanitären Standpunkte aus keine Bedenken gegen die Schmalzeinfuhr obhalten, so liegt in der That kein Grund vor, diesen, für die ärmeren Bevölkerung so schwer drückenden Zoll noch länger aufrecht zu erhalten. Die Erfindung des „armen Mannes“, die Herr von Ludwig der Linken zu schreiben zu wollen scheint, ist doch wohl viel weniger von dem Abg. Richter (Hagen) als von Herrn v. Wedell und auch von dem Regierungsvorsteher seltwirt worden, und wenn Herr v. Ludwig meint, daß dem „armen Mann des Landes“ aus dem Schmalzzoll ein Vortheil erwachse bei der Schweinefleischung, so über sieht er, daß eben das amerikanische mit dem deutschen Schmalz gar nicht konkurriert. Im Übrigen ist der „arme Mann des Landes“ mit dem „armen Mann der Stadt“ nicht weiter zu vergleichen. Gerade in Schlesien, wo Herr v. Ludwig gewählt ist, tritt der Unterschied in der Lebensweise der kleinen Leute auf dem Lande und in der Stadt recht grell zu Tage. Angestellte Erhebungen haben dargethan, daß die Lohnsätze der dortigen Industrie-Arbeiter seit 1880 stetig zurückgegangen sind, und daß in einzelnen Beschäftigungen ein Wochenlohn von 5-6 Mark geahnt wird. Erwähnt man hierbei, daß die Unfallversicherungsvorlage ein Jahreseinkommen von 750 Mark als nötig für den Unterhalt einer Familie berechnet, so kann man sich einen Beigriff von den Entbehrungen machen, die solche Arbeiter sich aufzuerlegen müssen. Ihre Nahrung ist die denkbar billigste und neben der Kartoffel ist das Schmalz das Einzige, was sie von Fleischprodukten genießen. Nun ist in Folge des Zolles die Schmalzeinfuhr von 500,000 auf 300,000 Doppelzentner zurückgegangen, und man wird berechtigt sein, hieraus zu folgern, daß die armen Leute genötigt sind, sich auch noch den Genuss dieses von Ihnen (zu Rechten) so schlecht dargestellten billigen Schmalzes zu verlagen. — Der Reichstanzler sagte in einer der früheren denkwürdigen Sitzungen dieses Hauses: die Liebe zum Reich kann nur durch eine gesunde Wirtschaftspolitik gehoben werden. Aber gerade aus den tief einschneidenden Schäden, welche überall das neue System mit sich führt, entspringt die jetzt in immer weiteren Kreisen der Bevölkerung zu Tage tretende Verbiturung. Man hat erwartet, daß das deutsche Reich ein Hort der Freiheit und ein Wall gegen reaktionäre Gefüsse sein würde, und man sieht sich in diesen Erwartungen getäuscht. Der Druck der indirekten Steuern, namentlich auf die notwendigsten Lebensmittel, ist gegenwärtig in Preußen beispielweise größer, als in England und Frankreich. Hier Abhilfe zu schaffen, unbeschadet des Prinzips der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik, und lediglich, um den Bedürfnissen des Volkes Rechnung zu tragen, ist der Zweck des vorliegenden Antrages.

Abg. v. Schalsha: Zu meinem Erstaunen habe ich den Antrag Barth von Mitgliedern dieses Hauses unterzeichnet gefunden, von denen ich dies absolut für unmöglich gehalten hätte. Mit dem Abg. von Ludwig bin ich zwar nicht einverstanden, wenn dieser die Höhe des Zolles auf 13 Pf. pro Kopf der Bevölkerung berechnet, dagegen gibt uns Herr Schröter ein sehr wichtiges Argument in die Hand, wenn er eine erhebliche Verhöhung des Schmalzes in Folge des Zolles zugesteht.

Das bemerkt, daß der Zoll vollständig die Wirkung gehabt hat, die von ihm erwartet wurde. Die 4,500,000 M., welche der Schmalzzoll einbringt, werden keineswegs von den kleinen Leuten getragen, die Schmalz zur Nahrung verwenden, sondern auch von Gewerbetreibenden, die es zu gewerblichen und industriellen Zwecken gebrauchen. Der Schmalzzoll, den eine aus 5 Personen bestehende Familie zu tragen haben würde, beziffert sich auf 3,50 M. pro Jahr. Davor muß man aber in Abrechnung bringen den Betrag des Steuererlasses und der allgemeinen Vortheile der neuen Wirtschaftspolitik. (Widerpruch und Heiterkeit links.) Der Abg. Stengel hat früher einmal herausgerechnet, daß eine Familie 180 Pfund Schmalz jährlich gebraucht. Diese Berechnung ist notwendig falsch, denn die hierzu erforderliche Ausgabe würde über 100 M. betragen, den keine Arbeitersfamilie für Schmalz allein wird ausgeben können. Auf dieser Berechnung scheint denn auch die Höhe des Zollbetrages, den einzelne Familien nach der Auflassung der Herren von der Linke zu tragen haben, berechnet zu sein, denn diese Ziffern sind genau ebenso unrichtig.

Abg. Stöbel: Es ist richtig, daß ein Theil des importirten Schweinefleisches zur Fabrikation von Wagenfleisch verwendet wird, aber der beiwertem gräßere Theil wird genossen, und zwar von der ärmsten Klasse unserer Bevölkerung, die durch diesen Zoll hart be-

troffen wird. Auch bei dieser Gelegenheit haben wir wieder die alten Reden gehört, daß das Ausland den Zoll trage, daß die indirekten Steuern von dem kleinen Mann gar nicht verspielt würden, oder auch daß Zölle, wie der Schmalzzoll der Landwirtschaft zu Gute kommen, die sehr im Argen sei. Nun glaube ich, daß außer Herrn v. Ludwig kaum nochemand im Hause in Wahrheit der Überzeugung ist, daß der kleine Mann durch die indirekte Besteuerung nicht hart belastet werde, und was es mit dem Tragen der Zölle durch das Ausland für eine Bewandtniß hat, ist uns fürzlich vom Bundesrattheit selbst erklärt worden. Aber auch die Landwirtschaft befindet sich nicht in einer solchen Notlage, wie sie uns hier immer vorgeführt wird. Der preußische Minister für Landwirtschaft, Lucius, hat offen erklärt, daß die Landwirtschaft nicht so nothleidend sei, als gemeinhin behauptet werde. Wie sollte das auch erklärlich sein, da seit 25 Jahren die Preise der Produkte und des Bodens sich um das Doppelte gesteigert haben? Noch leiden heute nur die Landwirthe, die in theurerer Zeit zu teuer gekauft haben und diejenigen, die mit ungemeinsten Ansprüchen an die Landwirtschaft herantrete. Es ist auch daraus hingewiesen, daß in Folge des Schmalzzolles die Fleischpreise herabgegangen seien. Dieser Rückgang ist allerdings eingetreten, aber nur darum, weil die armen Leute nicht mehr im Stande waren, so viel Fleisch wie früher zu kaufen. Ich bitte nochmals, einen Zoll zu beseitigen, der die ärmsten Klassen am härtesten trifft.

Abg. v. Kardorff tritt für die Beibehaltung des Schmalzzolles ein, der ein integrierender Theil des ganzen Zollsystems ist, an dem nicht gerüttelt werden darf. Es ist eine arge Überreibung, daß das amerikanische Schmalz Hauptnahrungsmittel der armen Leute sei. Man vergibt dabei, daß nur der kleinste Theil des konsumirten Schmalzes aus Amerika kommt.

Direktor im Reichsschatzamt Burchard: Ich würde keinen Anlaß gehabt haben, nochmals das Wort zu ergreifen, wenn nicht bezüglich der Lohnverhältnisse der Arbeiter Behauptungen aufgestellt wären, die eine Erwidderung erfordern; denn die allgemeinen Beweiskungen, daß die Industrie geschädigt sei, sind ohne Beweis geblieben. Der Abg. Schröter hat sich bei seinen Ausschaffungen über die Lohnverhältnisse auf eine kleine Schrift gestützt, in der ein beständiges Sinken der Löhne seit 1879 konstatiert. Diese Schrift bezieht sich indessen nur auf Solingen, während eine Arbeit von Renzsch, die in diesen Tagen erschienen ist und die Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie umfaßt, nachweist, daß für diese Kategorie die Löhne sich von 1879 bis 1882 um ca. 4 p. c. gesteigert haben. Das beweist doch, daß die Ausschaffungen des Herrn Schröter auf ein gewisses Maß zurückzuführen sind.

Abg. Ahhorn: Die Schmalzzollfrage interessiert uns Norddeutsche ganz besonders, denn unsere Arbeiter, die schwer und in rauer Lust arbeiten müssen, genießen mehr Schmalz als Fabrikarbeiter und Andere. Ich finde es auch ganz natürlich und wundere mich nicht darüber, wie der Abg. v. Schalsha, daß eine Familie 180 Pfund im Jahre braucht. Den Ausschaffungen des Abg. Barth stimme ich vollkommen bei. Nichts schädigt die Landwirtschaft mehr als die sog. landwirtschaftlichen Zölle. Beim Mühlengewerbe haben Sie es endlich anerkannt. Wollten Sie diesem ganz helfen, so müßten die Getreidezölle ganz fallen. Hoffentlich ist diese Zeit nicht mehr fern. Das amerikanische Schmalz ist nicht so schlecht, wie man sagt. Es wird bei uns Morgens, Mittags und Abends gegessen, und wir haben doch auch Interesse für die Landwirtschaft. Ich bebaue auch 200 Hektare guten Bodens, aber ich bin kein Agrarier. Die Steuern, die der Grundbesitz jetzt trägt, sind nicht zu hoch, und er wird in Preußen nicht so hoch besteuert, wie bei uns. Der Steuererlaß, auf den Sie in Preußen hinweisen, trifft bei uns in Oldenburg nicht zu. Aber auch in Preußen zahlen 7 Millionen gar keine Steuern, und gerade die ehemals amerikanische Schmalz vertraten, so wäre ich nicht werth, hier im Reichstag zu sitzen. (Beifall links.) Ich bin alt und grau geworden als Landwirt, habe aber immer für die allgemeinen Interessen gekämpft und werde dabei bleiben, so Gott mir das Leben läßt. Die Einnahme aus dem Zolle ist nicht so hoch, daß wir sie nicht entbeben könnten, namentlich wenn der Abg. Winthorst nicht nur immer die Sparfamkeit empfehlen, sondern sie auch durch seinen Einfluß praktisch herätigen würde. Ich erinnere nur an die 40 Millionen des Hamburger Zollanschlusses, an den Kaiserpalast in Straßburg, und das Reichstagsgebäude. Das sind schon 80 Mill. und wenn wir dann noch einige Kasernen und Posthäuser abwerfen, so haben wir 100 Mill. und brauchen die Zölle gar nicht. Wir Oldenburger sind immer sparsam gewesen, deshalb sind wir auch selbständig und unabhängig und hängen an unserem Fürstensitz. Unsere Beamten sind viel besser gestellt als die preußischen. Wir leben in einem Rechtsstaate und sind gute Oldenburger und hoffen, daß wir es noch lange bleiben werden. (Beifall links.) Die Behauptung des Herrn v. Schalsha, daß die Landwirtschaft kein Schmalz braucht, ist mir ganz unverständlich. Wir werden es noch bitter bereuen, daß wir den kleinen Mann so hoch besteuert haben und auch deshalb bitte ich Sie, den Antrag Barth anzunehmen. (Beifall links.)

Damit schließt die Debatte. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Barth mit 129 gegen 120 Stimmen abgelehnt; zwei Abgeordnete Pfafferott (Zentrum) und von Arnswaldt-Hardenbosch (Welfe) enthalten sich der Abstimmung. Für den Antrag stimmen die Sozialdemokraten, die Fortschrittspartei, die Sezession, der größte Theil der Nationalliberalen und der Abg. Stöbel (Zentrum); gegen den Antrag stimmen die Konservativen, die Reichspartei, das Zentrum mit Polen und Elsaßern und ein kleiner Bruchtheil der Nationalliberalen.

Darauf werden die Wahlen der Abg. Papellier, Löwe und Birchow für gültig, die des Abg. Rieker (Württemberg) für ungültig erklärt.

Ohne Debatte erledigt das Haus den Nachtragsetat und verweist die allgemeine Rechnung für 1878-79 an die Rechnungskommission.

Präsident v. Lebwohl schlägt mit Rücksicht auf den morgigen katholischen Feiertag die nächste Sitzung für Freitag 1 Uhr vor und zwar mit folgender Tagesordnung: Gesetz für die Kästen der Militärbeamten; Interpellation Kardorff betreffend die Tarife der oberschlesischen Eisenbahn; dritte Lesung der Tarifnovelle.

Abg. Lasker beantragt, die Tarifnovelle an die erste Stelle der Tagesordnung zu setzen.

Als über diesen Antrag abgestimmt werden soll, spricht Abg. v. Minnigerode einen Zweifel an der Beschlußfähigkeit des Hauses aus; Präsident v. Lebwohl erklärt aber, daß nach der einstimmigen Ansicht des Bureau's das Haus beschlußfähig sei. Der

Antrag Lässer wird darauf mit 118 gegen 81 Stimmen angenommen.  
Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Dritte Berathung der Zolltarifnovelle; Relittengesetz für Militärbeamte und Interpellation Kardorff.)

## Politische Uebersicht.

Posen, 8. Juni.

Ob das überraschende Ergebniß der zweiten Berathung der Zolltarifnovelle, die Ablehnung sämtlicher von der Regierung beantragten Zollerhöhungen, bei der dritten Lesung, wie die schützöllnerischen Blätter ankündigen, wieder rückgängig gemacht wird, muß man abwarten; das hängt davon ab, ob die schwache Besetzung der Bänke auf der Rechten und im Zentrum ein zufälliges gewesen ist oder ob das Ausbleiben so vieler Mitglieder der Majorität der Abneigung derselben zuzuschreiben ist, das Handelsgeschäft von 1879 wieder zu eröffnen. Bedeutungsvoller als die Abstimmungen ist uns die Rede, mit der das Zentrummitglied, Freiherr von Heereman, die Berathung über die Vorschläge zur Erleichterung der Mühlenindustrie eröffnete. Redner ermahnte die Regierung, in Zukunft den Brunnen nicht erst zu zudecken, wenn das Kind hineingefallen sei, d. h. nicht erst Erleichterungen zu bewilligen, wenn die Industrie, die die Erleichterung zu Theil werden soll, ruinirt ist. Darin liegt das Eingeständniß, daß das System der „ehrlichen Probe“ ein wirtschaftlich verderbliches ist. Aber darüber hinaus tadelte der Redner, daß die Regierung bei der Ausführung des Zolltarifs von 1879 die Theorie der Schutzzölle mit der Finanzzölle verwechsle, mit anderen Worten, daß sie die fiskalischen Gesichtspunkte höher stelle als die Pflege der Interessen der „nationalen Arbeit.“ Frhr. v. Heereman hat dabei nur übersehen, daß das treibende Interesse der Regierung bei der Zolltarifreform von 1879 die Erhöhung der Zolleinnahmen gewesen ist und daß durch Ausdehnung des Systems der Rückvergütung der finanzielle Effekt des Zolltarifs illusorisch gemacht werden würde. Werden die Vorschläge Heeremans befolgt, und an Unterstützung seitens der Interessenten wird es ihnen ja nicht fehlen — so kommen wir sehr bald an dem Punkte an, wo der Gegensatz zwischen Schutz- und Finanzpolitik sich auch praktisch durch das Verlieren der Zolleinnahmen geltend macht. Die Reichspolitik steht demnach vor der Alternative, entweder die „ehrliche Probe“ fortzusetzen und noch mehr Kinder in den Brunnen fallen zu lassen oder durch Ausdehnung des Systems der Rückvergütung den Nachweis zu führen, daß die Schutzzölle direkt den Konsumenten belastet und indirekt die Zolleinnahmen schädigt. In dem einen wie in dem anderen Falle wird der Zolltarif von 1879 sich als großes und gefährliches Mißverständniß erweisen.

Die national liberale Partei der Provinz Hannover wird am nächsten Sonntag sich in Hannover versammeln, um über eine bessere Parteiorganisation sich zu berathen, über deren Grundlage auf Antrag des hannoverschen Lokalkomites das Provinzial-Wahlkomitee sich zuvor geeinigt hat. Herr v. Bennigsen beabsichtigt die einleitende Rede zu halten.

In nächster Zeit soll, wie der „Lib. Korr.“ mitgetheilt wird, in Dresden eine Versammlung liberaler Vertrauensmänner aus dem Königreich Sachsen stattfinden.

Der Finanzminister erläßt folgende, vom 5. d. M. datirte Bekanntmachung:

Zur Ausführung des Gesetzes vom 20. Mai d. J., betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten, werden die Behörden in nächster Zeit mit eingehender Anweisung versehen werden. Im Anschluß hieran wird Nachstehendes zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

1. Pensionierte Beamte, welche auf Grund des § 5, Nr. 4 und 5, sowie des § 6 des Gesetzes die Befreiung von Wittwen- und Waisengeldbeiträgen beanspruchen, haben durch Belehrung der Ortspolizei-Behörde ihres Wohnorts oder in sonst glaubhafter Weise den Nachweis zu erbringen, daß sie weder in einer vor ihrer Pensionierung geschlossenen Ehe leben, noch unverheirathete eheliche oder durch nachgefolgte Ehe legitimte Kinder unter 18 Jahre aus einer solchen Ehe bestehen. Die Eingabe, durch welche dieser Nachweis geführt wird, ist von ihnen an diejenige Provinzialbehörde (Regierung, Finanzdirektion in Hannover, Ministerial-Militär- und Baukommission in Berlin) zu richten, welche der betreffende (Pensions-) Rechnung legenden Kasse vorgesetzt ist. Die Kassen, welche die Pension zahlen, werden beauftragt werden, auf den Wunsch der Beteiligten die Einsendung der Einlagen an die Provinzialbehörde zu vermitteln.

2) Beamte, welche als Mitglieder einer Versorgungsanstalt auf Grund des § 23 des Gesetzes unter Verzicht auf Wittwen- und Waisengeld die Befreiung von Wittwen- und Waisengeldbeiträgen beanspruchen, haben unter Beibringung entsprechender Beläge den Nachweis zu führen, daß sie zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes, also am 1. Juli d. J., noch Mitglieder einer der in jenem Paragraphen gedachten Versorgungsanstalten waren und diese Mitgliedschaft nicht erst nach der Verkündigung des Gesetzes erworben haben. Die dabei abzugebende Erklärung wird dahin zu lauten haben: daß der Antragsteller auf Grund des Gesetzes vom 20. Mai 1882 (G.-S. S. 298) seine Freilassung von der Entrichtung der Wittwen- und Waisengeldbeiträge beantragte, indem er für seine etwaigen künftigen Hinterbliebenen auf das in den §§ 7 ff. des bezeichneten Gesetzes bestimmte Wittwen- und Waisengeld ausdrücklich verzichte, obwohl ihm bekannt sei, daß falls diesem Antrage stattgegeben werden sollte, dieser Verzicht ein endgültiger und unwiderruflicher sei.

Die desfallsigen Anträge der aktiven in der provinziellen oder Volksverwaltung angestellten Beamten aus dem Ressort des Finanz-Ministeriums, sowie aus dem gemeinschaftlichen Ressort desselben und des Ministeriums des Innern beziehungsweise des Ministeriums für Landwirthschaft etc. sind an diejenige Provinzialbehörde zu richten, welcher die Beamten angehören oder nachgeordnet sind, namentlich also an die Ober-Präsidenten, die Regierungen, die Finanz-Direktion in Hannover, die Ministerial-Militär- und Baukommission in Berlin, die Direktion der Verwaltung der direkten Steuern derselbst, die Provinzial-Steuerdirektoren und die Direktionen der Rentenbanken, — beziehungsweise an die Chefs dieser Behörden.

Hinsichtlich der Anträge der Wartegeldempfänger und Pensionäre aller Ressorts gilt dasselbe, was in Betreff der unter Nr. 1 gedachten Einlagen der Pensionäre bemerkt ist, mit der Maßgabe, daß die Einlagen derjenigen Wartegeldempfänger der Justizverwaltung, welche das Wartegeld aus Kap. 76 Tit. 2 des Etats dieser Verwaltung beziehen, nicht an die Provinzialbehörde, welche der die Wartegeld-Rechnung legenden Kasse vorgesetzt ist, sondern an die Vorstandsbamten der Ober-Landesgerichte zu richten sind.

3) Die Wittwen- und Waisengeldbeiträge sind schon zum 1. Juli

1882 zu entrichten. Von denjenigen Beamten, welche zur Zeit der Verkündigung des Gesetzes Mitglieder einer der im § 23 bezeichneten Anstalten waren und vor dem 1. Juli 1882 in der unter Nr. 2 bezeichneten Form der dort gedachten Behörde schriftlich anzeigen, daß sie auf das Wittwen- und Waisengeld verzichten, sind die zu dem fraglichen Termine fälligen Beiträge nicht zu erheben, vorbehaltlich der nachträglichen Entrichtung, wenn nicht rechtzeitig vor dem 1. Oktober von den Beamten unter Besichtigung des früher ausgeprochenen Berichts der Nachweis geführt wird, daß sie noch am 1. Juli Mitglieder der Anstalt waren.

4) Diejenigen Beamten, welche von den ihnen nach § 23 zustehenden Besugnis auf Befreiung von Wittwen- und Waisengeldbeiträgen keinen Gebrauch machen wollen, sind berechtigt, aus derjenigen Versorgungsanstalt, welcher sie bisher als Mitglieder anzugehören verpflichtet gewesen sind, ausszuscheiden. Der Antrag auf ein Ausscheiden aus solcher Anstalt ist an die Direktion der betreffenden Anstalt zu richten und mit einem begleitenden Schreiben an die nämliche Behörde zur weiteren Vermittelung einzureichen, welcher die Anträge auf Freilassung der Beamten von Entrichtung der Wittwen- und Waisengeldbeiträge vorsiegen sind. (Nr. 2) Die näheren Bestimmungen über das Ausscheiden der Beamten und den staatlichen Versorgungsanstalten, namentlich auch darüber, ob den Beamten außer dem vollständigen Ausscheiden auch das Recht auf Erhöhung der Versicherungssumme zusteht, werden von den Verwaltungen der Anstalten zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.

5) Die Anträge auf Bewilligung von Wittwen- und Waisengeld an Hinterbliebene pensionirter Beamten sind an diejenige Behörde zu richten, welche die leiste Pensionsrathe verrechnenden Kasse vorgesetzt ist. Die Kassen, welche diese Pensionsrate gezahlt haben, werden beauftragt werden, die Einsendung der Anträge an die Provinzialbehörde auf den Wunsch der Beteiligten zu vermitteln.

6) Anträge auf Erhöhung bereits bewilligter Wittwen- und Waisengelder in Gemäßheit des § 11 des Gesetzes sind an diejenige Provinzialbehörde zu richten, welche der diese Kompetenzen verrechnenden Kasse vorgesetzt ist.

Der neue Reichsfinanzminister v. Kallay beabsichtigt demnächst Bosnien und die Herzegowina zu bereisen. Die Hauptpunkte seines Programms sind die vollständige Durchführung der Zivilverwaltung, die Vereinfachung der Administration und die Reorganisation des Beamtenkörpers. Über seine Mission schreibt ein wiener Korrespondent der „Münch. R. Nachr.“:

„Kallay gilt — wenn man ihn nicht als den Urheber betrachten darf, so doch — als der kräftige Förderer des Gedankens, in den Besitz der okkupirten Länder ohne jede Provokation eines Konflikts durch die freiwillige Abtreitung derselben an Österreich-Ungarn seitens der Pforte zu gelangen. Es sprechen bereits gewichtige Anzeichen dafür, daß die Realisierung dieses Gedankens keineswegs zu den Unwahrscheinlichkeiten gehört. Als erstes Symptom darf das Schweigen der Pforte zu der Durchführung der Rekrutierung im Okkupationsgebiete gelten. Denn mehr als es durch den von den Refratern abverlangten Eid geschiebt, hätte seitens Österreich-Ungarns die Oberhoheit des Sultans über Bosnien und der Herzegowina nicht desavouirt werden können.“

Bekanntlich hat Leo XIII. vor kurzer Zeit eine Bulle erlassen, in welcher er, wohl unter dem Eindruck der sogenannten Honilički-Affaire in Galizien, den ruthenischen Basilianer-Orden reformirt hat. Die Bulle fand nun in den Kreisen der ruthenischen Geistlichkeit eine getheilte Aufnahme. Wie das „Vaterland“ berichtet, hat der Basilianer-Provinzial P. Sarnicki in einer Kurrende seine Untergebenen aufgefordert, dem Papste für die besagte Bulle zu danken. Diese Aufforderung beantworteten die Basilianer von Buczac mit Veröffentlichung eines Protest-Entwurfes, dem beizutreten sie alle Basilianer öffentlich auffordern. In diesem Proteste heißt es:

„Die versammelten Väter und Brüder des Basilianer-Klosters in Buczac haben nach aufmerksamer Durchlesung der obigen Kurrende und nach reiflicher Überlegung am 11. (23.) Mai 1882 beschlossen, daß es gar keine Gründe haben, Sr. Heiligkeit dem Pappe Leo XIII. ihren Dank auszudrücken, und noch weniger mit ihren Unterstrichen zu bestätigen, da sie weder den Pappe, noch irgend jemand Anderen um die genannte „Konstitution“ gebeten und auch den P. Provinzial des Ordens zur Bitte um dieselbe nicht ermächtigt haben.“

Weiter wird gesagt, daß um die Ertheilung einer Konstitution und Durchführung der Reformen unter dem Einfluße von Jesuiten nur der Provinzial Sarnicki selbst gebeten habe. Dafür wird ihm der Vorwurf der „Hinterlist“ an den Kopf geschleudert. Das in diesem Jahre stattfindende Kapitel werde die Entscheidung zu treffen haben.

Die Verbrennung der Leiche Garibaldi's findet, wie ein Privattelegramm der „Börs. Ztg.“ aus Rom meldet, nicht in einem Ofen, sondern auf einem Scheiterhaufen, sowie dem Wunsche des Verstorbenen gemäß in einem Gewand von Amiant (der feinsten Art Asbest) statt, so daß die Asche des Todten sich nicht mit derjenigen des Holzes vermischen kann. Die auf Caprera eilaufenden Telegramme zählen nach Tausenden; darunter befinden sich solche von Gambetta und dem Maire von Dijon. Die Deputationen, welche an den Leichenehrlichkeiten teilnehmen, gingen gestern in See. Das Königshaus wird durch den Herzog von Genua, den Vetter des Königs, vertreten sein.

Ogleich die amtliche Zeitung für das Königreich Italien meldete, „daß Se. l. Hoheit der Prinz Wilhelm von Preußen den König Humbert zur Übernahme einer Pathenstelle bei seinem neugeborenen Sohne eingeladen und daß der König die Einladung zu der am 11. Juni stattfindenden Taufe angenommen habe,“ so ist damit die Frage noch nicht entschieden, ob der König in Person kommen oder sich durch seinen Bruder, den Herzog von Aosta, vertreten lassen wird. Nach den eben veröffentlichten Hofnachrichten stände es bereits fest, daß der König nicht nach Berlin kommen, sondern sich von dem Prinzen Amadeo vertreten lassen würde. Vermuthlich ist der Todesfall Garibaldi's auf diese Disposition nicht ohne Einfluß geblieben.

Die ablehnende Antwort der Pforte auf den Konferenzvorschlag hat in Paris tief verstimmt; um so gezeigt zeigt man sich dort gegenüber der Gleichmäßigkeit, mit welcher England diesen diplomatischen Echec hinnimmt und sich den Anschein giebt, denselben vollständig auf Frankreich abzuladen. Das, was über die Haltung der englischen Diplomatie in Konstantinopel und London in Sachen der Konferenz ver-

lautet, hat in Paris Misstrauen erregt, ob es dem englischen Kabinett jemals mit dem Vorschlag Ernst gewesen ist. Die „Agence Havas“ läßt sich aus London melden, Lord Granville habe auf die Mitteilung des türkischen Botschafters Musur us Pascha, sich in dem Sinne geäußert, daß der Zusammentritt der Konferenz für den Erfolg der türkischen Mission selbst von wesentlichem Nutzen sein würde, da durch dieselbe die Einigkeit der Mächte und der Türkei bewiesen würde. Danach hätte sich Lord Granville mit einer Leichtigkeit in das Scheitern der Konferenz gefunden, welche die von Dilke abgelegte Thatache, der englische Botschafter in Konstantinopel habe die Konferenz alsbald fallen lassen, als außerordentlich wahrscheinlich erscheinen läßt. Die diplomatischen Waffen ruhen jetzt, der Erfolg der Mission Dervisch Paschas wird für das weitere Vorgehen der Westmächte bestimmend sein, die Spannung der Lage hat jedenfalls in den letzten Tagen zugenommen.

In Belgien ist die Wahl agitation im vollen Gange. Dieser Tage haben der Justizminister Bara und der Chef der Rechten, Herr Malou, der Erste in Tournay, der Letztere auf dem Banket Saint-Nicolas in Brüssel und der Minister-Präsident Frère-Orban in Lüttich Programmreden gehalten. Bara bezeichnete den 13. Juni als einen Entscheidungstag für das belgische Volk, das zwischen geistlicher Knechtschaft oder Freiheit zu wählen habe. Malou sprach mit einer Siegesgewissheit, die bis auf Weiteres noch nicht gerechtfertigt erscheint. Brüssel, das bisher immer unbestritten liberal gewählt hat, ist noch nicht in den Händen der drei Gegner, durchaus „achtbarer Herren“, wie die „Indépendance Belge“ sagt, welche von den „Unabhängigen“ empfohlen und den Ultramontanen unterstützt werden, weil Letztere eben nicht die geringste Aussicht haben, einen von ihren Ureigenen durchzubringen. Frère-Orban erklärte sich gegen die Verfassungsrevision, gestand jedoch die Wahlreform für die Provinzial- und Kommunalräthe zu.

Wie in Petersburger Offizierskreisen verlautet, bezeichnet man den Vertheidiger Sebastopols, General Todleben, als Nachfolger Albedynski's im General-Gouvernement Warschau. Militärisch nennen diese Wahl eine glückliche, die Politiker aber befürchten, Todleben's soldatisches Manieren und seine Rücksichtslosigkeit werden alle Erfolge von Albedynski's konzilianter Politik in Polen zerstören.

Die Nachrichten über den bevorstehenden Rücktritt des Kriegsministers Wannowski nehmen immer bestimmtere Gestalt an. Wannowski befindet sich eintheils gegenüber einer kühlen, stillen, aber zähnen und erbitterten Opposition der Generalität und Offiziere, andertheils fühlt er angesichts der neuesten Wendung zu einer kriegerischen Politik sein unzureichendes Wissen und Können. Wannowski erklärt, daß seine Mission mit der Säuberung des Augiasstalles von Defraudationen und Einführung einer übersichtlichen Geld- und Verpflegungsgebühr, Verminderung unnützer Kommandos und Sinekuren beendet sei. Da Miljutin den Wiedereintritt ins Kriegsministerium verweigert, so soll dessen Freund Albedynski, welchem eminentes Administrationstalent und reiches theoretisches Wissen nachgerühmt wird, das Kriegsdepartement übernehmen.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 7. Juni. [Aus der Tabakskommission. Das kirchenpolitische Gesetz.] Im Reichstage war heute erheblich mehr als vom Schmalzzoll, der auf der Tagesordnung stand, von den heftigen Szenen die Rede, welche gestern Abend und heute früh in der Tabakskommission bei der Verleistung des Berichts durch die Reklamationen des Unterstaatssekretärs v. Mayr gegen die Richtigkeit der Wiedergabe seiner Neuerungen herbeigeführt wurden. Über den Grund oder Ungrund dieser Beschwerde kann natürlich Niemand urtheilen, der nicht Mitglied der Kommission war und den Verhandlungen derselben genau gefolgt ist; mehr Interesse, als die Frage nach der Begründung der Mayr'schen Reklamation erregte denn auch die Frage, was das provozierende Auftreten der Regierungsvertreter, welche wiederholte Miene gemacht haben, die Kommissionsitzung zu verlassen, als Symptom bedeutet. Es wurde vielfach mit der Ankunft des Kanzlers in Verbindung gebracht: ist doch auch im Plenum schon manchmal zu bemerken gewesen, daß Regierungs-Kommissarien, Staatssekretäre etc., welche für gewöhnlich harmlos und verbindlich auftreten, plötzlich die rauhe Seite nach außen lehren, wenn Fürst Bismarck für notwendig hält, nach irgend einer Seite hin Abrechnung zu halten. Insofern wollte man in den Szenen in der Kommission Vorboten heftiger Auftreite beim bevorstehenden Eingreifen des Kanzlers in die Plenarverhandlungen erblicken. Eine Nothwendigkeit, die Sache so aufzufassen, liegt allerdings nicht vor, vielmehr genügen auch schon die in Betracht kommenden persönlichen Umstände, um den Vorhang zu erklären. Der Berichterstatter der Monopol-Kommission, der Abg. Barth, ist schon von der Zeit her, da er als Vertreter Bremens in der bundesrätlichen Zolltarif-Kommission von 1879, trotz der äußersten Vereinzelung, in derselben energisch den Freihandel vertrat, und seitdem als einer der eifrigsten Kämpfer der neuen Wirtschaftspolitik im Allgemeinen und des Tabakmonopols im Besonderen, außerordentlich schlecht angeschrieben in unseren Regierungskreisen; andererseits hat Herr von Mayr sich in der Verhandlung über das Monopol bereits so viele Blößen gegeben, daß es für ihn fast eine Lebensfrage war, ob er in dem Kommissionsberichte eine mehr oder weniger günstige Figur mache. So braucht es nicht einmal einer Erinnerung an den leitenden Grundsatz des Kanzlers, keine „parlamentarischen Uebergriffe“ ohne Zurückweisung zu lassen, bedürft zu haben, um der ohnehin so äußerst mißliebigen Monopol-Kommission noch zum Schluss eine Unannehmlichkeit zu bereiten. — Die heutige Mitteilung der „Prov-

Korr.", daß das neue kirchenpolitische Gesetz vom Kaiser vollzogen sei, bestätigt die von uns beständig festgehalte Ansicht, daß die Verzögerung, die übrigens gar keine ungewöhnlich lange war, nur äußerliche Gründe hatte. Wenn, wie wir vor einigen Tagen erwähnten, die sächsische Besorgnis der klerikalen Presse zuletzt die Vermuthung veranlaßt hatte, daß man im Zentrum möglicherweise positive Nachrichten über entstandene Schwierigkeiten habe, so ist die heutige Mittheilung der „Prov.-Korresp.“ gerade in dieser Hinsicht bemerkenswerth. Das halbamtlche Blatt berichtet, daß das Gesetz bereits am 31. v. M. vom Kaiser vollzogen worden — und noch gestern, am 6. Juni, erklärte die „Germania“ ausdrücklich, daß es immer schwerer werde, an äußere Gründe der Verzögerung zu glauben; auch die „Kreuzztg.“ wußte noch gestern nichts von der erfolgten Vollziehung des Gesetzes. Es ergiebt sich hieraus offenbar, daß die konservativ-klerikale „Majorität“ sich keineswegs enger Fühlung mit den Regierungskreisen erfreut. Man hat während der liberalen Ära häufig über den Mangel solcher Fühlung zwischen der Regierung und der damaligen Mehrheit geklagt; aber daß die letztere eine Woche lang von einer für sie so wichtigen Thatsache nichts gewußt hätte, das ist schwerlich vorgekommen.

## Locales und Provinzielles.

Posen, den 8. Juni.

r. Der Kreisgerichtsrath a. D. Groß, welcher lange Jahre als Vorsitzender der Abtheilung für Strafsachen beim ehemaligen hiesigen Kreisgericht thätig gewesen, ist hier im Alter von über 70 Jahren gestorben.

r. Die Frohleichtagsprozessionen haben mit dem heutigen Tage begonnen. Heute Vor- und Nachmittags finden die Prozessionen am Dome, Sonntags Vor- und Nachmittags die am Alten Markt, Montag bei der St. Martinkirche, Dienstag bei der St. Adalbertskirche, Mittwoch bei der St. Margarethenkirche, nächsten Donnerstag Vormittags von der Pfarrkirche nach der Karmeliterkirche und Nachmittags bei St. Roch auf dem Städtchen statt.

### Wollmarkt.

Schweidnitz, 7. Juni. Die Zufuhren betragen circa 2000 Ztr. Das Geschäft ist schleppend, Preise 3—9 M. unter den vorjährigen Preisen. Zwei Drittel der Zufuhren sind verkauft.

## Telegraphische Nachrichten.

Baden-Baden, 7. Juni. Ihre Majestät die Kaiserin ist heute Früh von hier nach Berlin zurückgereist.

Karlsruhe, 7. Juni. Der Großherzog und die Frau Großherzogin haben sich von Badenweiler nach Schloß Mainau begeben.

Stuttgart, 7. Juni. Heute Vormittag 10 Uhr hat Se. Majestät der König die Ständeversammlung mit folgender Thronrede geschlossen:

Liebe Freunde!

Indem Ich zum Schluß des Landtags in Ihre Mitte trete, gedenke Ich vor Alem des schweren Verlustes, welcher Mein Haus und das Land durch das allzufrühe Hinscheiden der Prinzessin Marie, Gemahlin Meines vielgeliebten Neffen, des königl. Prinzen Wilhelm bestritten hat. Die lebhafte Theilnahme an diesem schmerzlichen Ereignis, welche sich aus allen Theilen des Landes kundgab, hat als ein neuer Beweis der treuen Anhänglichkeit Meines Volks Meinem Herzen besonders wohlgethan.

Mit Befriedigung blicke Ich auf Ihre nunmehr beendigten Arbeiten zurück.

Trotz des gestiegerten Staatsbedarfs und des vermindernden Ertrags einiger Einnahmeketten ist es mit Ihrer Unterstützung gelungen, das Gleichgewicht zwischen den Ausgaben und Einnahmen des Staats ohne Beeinträchtigung der Grundsätze einer geordneten Staatswirtschaft herzustellen.

Entsprechend den allgemeinen Verhältnissen wurde ein namhafter Theil der Staatschuld durch Ausstellung neuer Schuldbeschreibungen mit ermäßiger Verzinsung umgedeutet. Erfreulicher Weise ist dabei ein erheblicher Wechsel der Staatsgläubiger eingetreten. Durch die Abänderung der gesetzlichen Vorschriften über die Tilgung der neuen Staatschuld wurde es möglich gemacht, diesen Theil des Staatsaufwands den jeweiligen Bedürfnissen der Staatsperioden anzupassen.

Die Einnahmen des Staats wurden durch die Verabschiedung des allgemeinen Sportelgesetzes und durch die neue Regelung der Abgaben von Erschafften und Schenkungen erhöht.

Durch diese Maßregeln in Verbindung mit einer Erhöhung der Mautsteuer gelang es, den Staatsbedarf ohne eine Steigerung der direkten Steuern zu decken.

Auch auf andern Gebieten des Staatslebens ist die Gesetzgebung thätig gewesen. Ich erwähne das Gesetz über die Landtagswahlen und die beiden Gesetze, durch welche die Interessen der Landwirtschaft in wichtigen Beziehungen gefördert wurden.

Die allgemeinen wirtschaftlichen Zustände des Landes bieten keinen Anlaß zu Besorgnissen. Wir dürfen hoffen, daß die Besserung auf dem Gebiete des Handels und Gewerbes, von welcher die wohlgelegene Landesgewerbeausstellung des vorigen Jahres ein erfreuliches Zeugnis gegeben hat, eine dauernde sein werde. Auch für die Landwirtschaft ist trotz einzelner beflagenswerther Beschädigungen die Aussicht auf ein fruchtbares, die Arbeit lohnendes Jahr vorhanden. Mag diese Aussicht unter dem fernernen Segen des Himmels in volle Erfüllung gehen!

Bei dem herannahenden Ende der Wahlperiode können Sie mit berechtigter Genugthuung auf Ihre erfolgreiche Arbeit zurückblicken.

Für die wohlwollende Unterstützung, welche Sie den Vorlagen Meiner Regierung angegeben ließen und für Ihre gesammte hingebende Thätigkeit spreche Ich Ihnen Meinen Königlichen Dank aus.

Ich erkläre den Landtag für geschlossen.

Augsburg, 7. Juni. Der „Augsburger Postzeitung“ zu folge haben circa 300 Arbeiter der Buntweberei (vormals Niedinger) wegen verweigerter Aufbesserung der niedrigen Löhne die Arbeit eingestellt.

Nürnberg, 7. Juni. Dem „Fränkischen Kurier“ zufolge wird der deutsche Aerztetag am 30. d. in Nürnberg abgehalten.

Rom, 6. Juni. Morgen Nachmittag werden sich die an den Leichenfeierlichkeiten auf Caprera teilnehmenden offiziellen Persönlichkeiten nach Civitavecchia begeben, von wo aus die Übersfahrt nach Caprera erfolgt. — Am nächsten Sonntag soll auf dem Kapitol eine Feier zu Ehren des Andenkens an Garibaldi stattfinden.

Rom, 7. Juni. Heute Nachmittag um 3 Uhr ging ein Sonderzug mit dem Herzoge von Genua, den Ministern Banadelli und Ferrero und den Repräsentanten des Senats, der Kammer, der Municipalität und der Presse nach Civitavecchia ab. Der König, Ministerpräsident Depretis und der Hofstaat waren auf dem Bahnhof anwesend. Für die morgen Nachmittag stattfindenden Leichenfeierlichkeiten werden große Vorbereitungen getroffen.

London, 6. Juni. [Unter ha u s.] Unterstaatssekretär Dilke antwortete Bourke, am 2. Juni habe der Admiral Seymour berichtet, daß die Erdwerke in Alexandrien nicht armirt seien; seitdem sei der Regierung die Nachricht geworden, daß sie armirt worden seien. Dem Deputirten Wolff entgegnete Dilke, sämtliche Mächte, mit Ausnahme der Pforte, hätten sich günstig über die Idee der Konferenz ausgesprochen, die Pforte habe die Konferenz zwar nicht abgelehnt, halte sie jedoch nicht für nothwendig. — Die Pforte sei vor dem Erlaß der Einladungen zur Konferenz nicht befragt worden, wie dies auch anlässlich der Konferenz im Jahre 1876 nicht geschehen sei; trotzdem seien damals die Vorbereitungen zur Konferenz eifrig betrieben worden, die Pforte habe erst vierzehn Tage später zugestimmt. Von den Grobmächten seien keine formellen Antworten eingegangen, sondern nur mündliche Erklärungen. Arabi Bey habe die Einstellung der kriegerischen Vorbereitungen angeordnet. Auf eine weitere Anfrage Norhcote's erwiederte Dilke, die Mächte befolgen das Beispiel von 1876 und hielten mit ihren formellen Antworten zurück, bis sie sich untereinander geeinigt. Der türkische Botschafter Musurus Pascha habe gestern in einer Unterredung mit Lord Granville im Allgemeinen konstatiert, daß die Derwisch Pascha ertheilten Instruktionen im Wesentlichen dieselbe Basis, wie die für die Konferenz vorgeschlagene hätten. Das Haus begann hierauf die Berathung des Art. 3 der irischen Zwangsbill.

London, 7. Juni. Einer Mittheilung der „Times“ aus Konstantinopel zufolge hat der französische Botschafter, Noailles, den Minister des Außen, Said Pascha, in Erwiderung auf das jüngste Circular der Pforte benachrichtigt, daß die französische Regierung durch die Argumente der Pforte nicht überzeugt worden sei, sie beharre dabei, daß die Konferenz sofort zusammenentrete.

Petersburg, 7. Juni. Der „Regierungsanzeiger“ veröffentlicht die Ernennung des Generals Kolpatowsky zum Generalgouverneur des Steppengouvernements und zum Kommandirenden des neucreierten Omskischen Militärbezirks, sowie des Generals Tschernajew zum Generalgouverneur von Turkestan und zum Kommandirenden des Turkestan'schen Militärbezirks.

Wie dem „Golos“ berichtet wird, hat das Warschauer Börsenkomitee sich an den Finanzminister gewandt, um die Aufhebung aller das Aufenthaltsrecht der Juden in Moskau beeinträchtigenden Vorschriften für die Zeit der Ausstellung zu erwirken.

Petersburg, 7. Juni. Großfürst Vladimir ist gestern nach dem Auslande abgereist.

Nikolajew, 6. Juni. Der Großfürst Alexis, welcher gestern hier eingetroffen ist, besichtigte heute die Admiralität und beabsichtigt morgen, die Reise nach Sewastopol und Batum fortzusetzen.

Konstantinopel, 6. Juni. Wie verlautet, hätte der englische Botschafter Lord Dufferin den Vorschlag gemacht, die Konferenz sollte formell zusammenentreten, sich aber dann sofort vertagen, bis das Resultat der Mission Derwisch Paschas vorliege. — Einer Meldung der „Agence Havas“ zufolge sollen die Admirale des englischen und des französischen Geschwaders Derwisch Pascha nach Kairo begleiten.

Belgrad, 7. Juni. Das Kabinett hat seine Demission gegeben, der König dieselbe jedoch nicht angenommen. Auch die Majorität der Skupitschina wünscht, daß das Kabinett im Amt bleibe. In der heutigen Sitzung der Skupitschina annullirte die Majorität sämtliche Ersatzwahlen. Die Regierung ordnete bereits neue Ersatzwahlen an. Nach der Verfassung sind ausgeschiedene Deputirte nicht wiederwählbar.

Belgrad, 7. Juni. Da die Ausgleichsverhandlungen mit den Radikalen resultatlos verlaufen sind, beabsichtigt die Regierung auf Anrathen der Majorität, neue Ersatzwahlen auszuschreiben.

Alexandrien, 7. Juni. Die Admirale des englischen und des französischen Geschwaders statten dem türkischen Kommissär Derwisch Pascha an Bord der Yacht „Djezin“ einen Besuch ab. Derwisch Pascha ist im Palais Raseltin abgestiegen und wird sich morgen früh nach Kairo begeben. Er wurde von den Truppen und den Eingeborenen gut aufgenommen.

Berlin, 7. Juni. S. M. S. „Hertha“. 19 Geschütze, Kommandant Kapitän zur See v. Kall, ist am 2. Mai cr. in Singapore eingetroffen.

Newyork, 7. Juni. Der Dampfer „The Queen“ von der National-Dampfschiff-Kompagnie (C. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

Berantwortlicher Redakteur: P. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Berantwortung.

### Meteorologische Beobachtungen an Posen im Juni.

| Datum        | Barometer auf 0<br>Gr. reduz. in mm.<br>82 m Seehöhe | Wind.      | Wetter. | Temp.<br>i. Cels.<br>Grad. |
|--------------|--|------------|---------|----------------------------|
| 7. Nachr. 2  | 749,1  | SW mäßig   | trübe   | +25,3                      |
| 7. Abends 10 | 746,6  | SD schwach | besser  | +18,5                      |
| 8. Morgs. 6  | 747,1  | NW lebhaft | bedeckt | +15,6                      |
| Am 7.        | Wärme-Maximum +25°3 Cels.<br>Wärme-Minimum +11°6     |            |         |                            |

### Wasserstand der Warthe.

Posen, am 7. Juni Morgens 0,60 Meter.

: : 7. Mittags 0,60

: : 8. Morgens 0,65

## Telegraphische Börsenberichte.

### Kond- s-Course.

Frankfurt a. M., 7. Juni. Effeten-Societät. Kreditaktien 280, Franzosen 282, Lombarden 125, Galizier 271, österreich. Goldrente —, ungarische Goldrente —, II. Orientanleihe —, österr. Silberrente —, Egypter —, III. Orientanl. —, 1880er Russen —, Wiener Bankverein —, 1860er Loos —, Diskonto-Kommandit —. Sehr fest.

Wien, 7. Juni. (Schluß-Course.) Fest, trotz schwachem Paris fanden fortgesetzte Deckungen statt, Banken und Renten höher, Schuh ruhig.

Papierrente 76,55. Silberrente 77,30. Österreich. Goldrente 94,40. 6-proz. ungarische Goldrente 119,80. 4-proz. ung. Goldrente 88,47. 5-proz. ung. Papierrente 86,35. 1854er Loos 119,70. 1860er Loos 130,50. 1864er Loos 171,00. Kreditloose —. Ungar. Bräml. 118,00. Kreditaktien 326,00. Franzosen 331,00. Lombarden 148,25. Galizier 317,80. Kasch.-Oderb. 149,20. Bardubitzer 154,50. Nordwestbahn 208,75. Elisabethbahn 210,20. Nordbahn 2760,00. Österreich. Bank —. Türk. Loos —. Unionbank 123,30. Anglo-Austr. 125,00. Wiener Bankverein 115,30. Ungar. Kredit 320,50. Deutsche Bläke 58,55. Londoner Wechsel 119,85. Pariser do. 47,65. Amsterdamer do. 99,15. Napoleon's 9,53. Duitaten 5,66. Silber 100,00. Marknoten 58,52. Russische Banknoten 1,20. Lemberg-Gernowitz —. Kronpr. Rudolf 168,50. Franz-Josef —. Dur-Bodenbach —. Böh. Westbahn —. Buschthierader Bahn —. Tramman 229,00.

4-prozent. ungar. Bodencredit-Pfundbriefe —. Elbthal —. 5-proz. österr. Papierrente —. ungar. Goldrente —. Buschthierader B. 186,00. Una. Bräml. —. Escompte —.

Nachbörse: Galizier —. Franzosen —. Österreich. Kreditaktien —. Paris, 7. Juni. (Schluß-Course.) Ruhig.

3-proz. amortisirb. Rente 83,52, 3proz. Rente 83,35. Anleihe de 1872 115,65. Italien. 5proz. Goldrente 103,25. 4proz. ungar. Goldrente 75,5. 5proz. Russen de 1877 88,00. Franzosen 702,50. Lomb. Eisenbahn-Aktien 310,00. Lomb. Prioritäten 289,90. Türk. de 1865 12,57. Türk. Wechsel 55,50. III. Orientanleihe —.

Credit mobilier 55,00. Spanier exter. 28, do. inter. —. Suezkanal-Aktien 2605,00. Banque ottomane 807,00. Union gen. —. Credit foncier 1527,00. Egypter 352,00. Banque de Paris 1190,00. Banque d'escompte 577,00. Banque hypothecaire —. Londoner Wechsel 25,17. 5proz. Rumänische Anleihe —.

London, 7. Juni. Consols 100,5. Italien. 5prozent. Rente 89,5. Lombard. 12,5. 3proz. Lombarden alte 11,5. 3proz. do. neue —. 5proz. Russen de 1871 83. 5proz. Russen de 1872 —. 5proz. Russen de 1873 82,5. 5proz. Türk. de 1865 12,5. 3,5proz. fundierte Amerik. 102,5. Österreich. Silberrente —. do. Papierrente —. Ungarische Goldrente 75,5. Österreich. Goldrente —. Spanier 28, Egypter 70. 4proz. prus. Consols —. 4proz. bar. Anleihe —. Schwach.

Platzdiscont 2,5 pCt. Silber —.

Florenz, 7. Juni. 5pCt. Italien. Rente 92,87. Gold 20,50.

Petersburg, 7. Juni. Wechsel auf London 24,5. II. Orient-Anleihe 89,5.

Newyork, 6. Juni. (Schlußkurse.) Wechsel auf Berlin 95,5. Wechsel auf London 4,86. Cable Transfers 4,89,5. Wechsel auf Paris 5,15. 3proz. fundierte Anleihe 101,4. 4prozentige fundierte Anleihe von 1877 120,5. Erie-Bahn 33,5. Central-Pacific 117,5. Newyork Centralbahn 12,5. Chicago-Eisenbahn 142,5.

Geld leicht, für Regierungssicherheiten 2, für andere Sicherheiten ebenfalls 2 Prozent.

### Produkten-Course.

Bremen, 7. Juni. Petroleum. (Schlußbericht.) Ruhig. Standard white loco 7,00 bez. per Juli 7,10 Br., per August 7,25 Br., per September 7,35 Br., per Oktober-Dezember 7,55 Br.

Hamburg, 7. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen loco und auf Termine ruhig. Roggen loco still, auf Termine ruhig. Weizen per Juli-Aug. 203,00 Br., 202,00 Gd., per Sept.-Okt. 199,00 Br., 198,00 Gd. Roggen per Juli-Aug. 137,00 Br., 136,00 Gd., per Sept.-Okt. 136,00 Br., 135,00 Gd. Hafer flau. Gerste matt. Rüböl fest, loco 58,00, per Oktober 57,50. Spiritus still, per Juni 36 Br., per Juli-Aug. 36,5 Br., per Aug.-Sept. 37,5 Br., per Sept.-Okt. 38,5 Br. — Raffer ruhig. Umfaß 2000 Sac. — Petroleum ruhig. Standard white loco 7,05 Br., 6,95 Gd., per Juni 7,00 Gd., per August-Dezember 7,50 Gd. — Wetter: Heiß.

## Produkten - Börse.

Berlin, 7. Juni. Wind: SW. Wetter: Sehr warm.

Für Getreide nahm der heutige Markt die gestrige Festigkeit wieder auf, während die anderen Artikel matte Tendenz befanden.

**Loko-Wiesen fest.** In Terminen fanden mäßige Umsätze statt. Abgebr. machten sich gegenüber einer keineswegs umfangreichen Nachfrage recht knapp, weshalb man für alle Sichten höhere Course bewilligen musste. Mit Behauptung derselben schloss der Markt fest.

**Loko-Rogggen** erzielte bei mäßig gutem Handel feste Preise. Der Terminverkehr war in der ersten Hälfte der Börsenzeit still und seine Haltung eher matt. Später trat indes Deckungsbedarf für nahe Sicht hervor, welcher in der Hauptache durch die Lager-Inhaber im Tausch gegen spätere Lieferung befriedigt wurde; letztere faufte man natürlich in Deckung an und steigerte dadurch den Werth aller Termine, die mit merklicher Besserung recht fest schlossen.

**Loko-Hafer** flau. Termine fester.

**Rogggen mehl** fest und höher bezahlt.

**Mais fester.**

**Rübböl** wenig belebt und matt, nahe Lieferung sogar etwas billiger.

**Petroleum** matter.

**Spiritus** in effektiver Ware reichlich zugeschafft, kam nur zu ermäßigtem Preis unter. In Folge dessen stellte sich für Termine lebhafte Angebots ein, welches auf alle Sichten nachtheilig wirkte und den Markt ohne Erholung schließen ließ.

**Weizen** per 1000 Kilo loko 200—228 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmelde. — bezahlt, deffester polnischer — M. ab Bahn bez., ver Juni 218 M. bezahlt, per Juni-Juli 209½—210½ M. bez., ver Juli-August 200½—201½ M. bezahlt, per August-September — M. bezahlt, ver September-Oktobe 196½—198 M. bezahlt, ver

Berlin, 7. Juni. Die Börse eröffnete heute auf allen Gebieten, mit Ausnahme der ausländischen Renten, in recht fester Stimmung. Besonders für Banken, Eisenbahn-, und Bergwerks-Aktien herrschte bei steigenden Kursen rege Nachfrage, eben so gingen die anderen Industriepapiere wieder in großen Posten um. Die pessimistische Anschaugung, welche Ende voriger und Anfangs dieser Woche betreffs des bevorstehenden Semestral-Abschlusses der Banken herrschte, hat einer freundlicheren Ausschaffung Platz gemacht. Man nimmt an, daß die Banken im Februar vor ihrer Rundschafft viel Effeten zu damaligen niedrigen Kursen aufnehmen müssten und dieselben bereits mit gutem Gewinn wieder abgeben könnten. Als ein Beispiel wird die Disconto-Gesellschaft angeführt, welche augenblicklich ihren Vorrath in Gelsenkirchener Bergwerks- und Dortmund-Gronauer Eisenbahn-Aktien zu hohen Kursen an den Markt bringt. Bevorzugt waren demnach auch von Bank-Aktien besonders Disconto-Kommandit-Anteile, von Eisenbahn-Aktien Freiburgs (auf gute Mai-Einnahmen), Galizier und Gronau-Gescheder. Russische Anleihen waren durch Angebot gebrüllt dagegen scheinen russische Prioritäten zu dem herabgesetzten Kurse schon wieder mehrfach zu Anlagerwerthen gekauft zu werden. Bergwerks-Aktien welche seit längerer Zeit vernachlässigt waren, treten neuerdings in recht

## Bonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 7. Juni 1882.

**Preußische Bonds- und Geld-**

**Konze.**

**Preuß. Konz. Anl.** 104,90 b<sub>3</sub>

do. neue 1878 102,00 B

**Staats-Anleihe** 100,80 b<sub>3</sub>

**Staats-Schuldt.** 98,90 b<sub>3</sub>

**Pr.-Deichh.-Obl.** 102,60 G

**Berl. Stadt-Obl.** 96,00 G

do. 102,25 G

**Pfandbriefe:** Berliner 108,75 G

do. 104,10 b<sub>3</sub>

**Bondsco. Central** 101,30 b<sub>3</sub>

**Kur. u. Neumärk.** 95,25 b<sub>3</sub>

do. neue 91,70 b<sub>3</sub>

do. 101,60 b<sub>3</sub>

**Westpr. ritterisch.** 91,80 G

do. 101,00 b<sub>3</sub> B

do. 92,50 b<sub>3</sub>

do. 101,20 b<sub>3</sub>

**I. B.** 100,90 G

**II. Serie** 102,50 B

**Neuldh. II. Serie** 100,90 G

do. 102,40 b<sub>3</sub>

**Bosniatische** neue 100,70 G

**Sächsische** 91,90 B

**Bommerische** 101,20 b<sub>3</sub> B

do. 103,00 G

**Schlesische alt.** 93,80 b<sub>3</sub>

do. alte A. 101,40 b<sub>3</sub> G

**Rentenbriefe:** Kur. u. Neumärk. 100,80 G

**Do.** 100,70 G